

Die Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands

Aufgaben

- 1 Fassen Sie den Text zusammen. (Material 1)
(20 BE)

- 2 Stellen Sie die verfassungsrechtlichen Grundlagen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik dar.
(20 BE)

- 3 Analysieren Sie unter Bezugnahme auf die Materialien 2 und 3 das Verhältnis von Bundesregierung und Bundestag.
(30 BE)

- 4 „In einer Zeit, die vom scharfen Wiederaufleben globaler Machtkämpfe gekennzeichnet ist, zogen deutsche Politiker als Wanderprediger für ‚Wertebasiertheit‘ oder Multilateralismus durch die Welt, während andere Geopolitik betrieben und aufrüsteten.“ (Material 1)
Überprüfen Sie, ob „Wertebasiertheit“ und Multilateralismus als Leitlinien der deutschen Außenpolitik gescheitert sind.
(30 BE)

Material 1**Nikolas Busse: Nötig ist eine Zeitenwende im Kopf (2022)**

Man kann der deutschen Politik nicht vorwerfen, dass sie Putins Schuss nicht gehört habe. In der Verteidigungs- und Energiepolitik werden gerade Kurswechsel vorgenommen, die unerlässlich sind angesichts der neuen und ernsten Bedrohung durch Russland. Eine Ironie besteht darin, dass es ein SPD-Kanzler ist, der den Gashandel mit Moskau beenden muss, und eine grüne Außenministerin, die sich um Waffenlieferungen in die Ukraine zu kümmern hat. Aber im Grundsatz stimmt die Richtung. Der Krieg ist hier wieder der Vater aller Dinge, das gilt auch für die deutsche Außenpolitik.

Trotzdem geht das Land mit einer schweren Hypothek in die Zeitenwende, die Scholz ausgerufen hat: Deutschland betritt das neue Zeitalter mit einer politischen Klasse, die sich in einer Schicksalsfrage grundlegend geirrt hat. Vom Bundespräsidenten über die Parteien im Bundestag bis zu den Landesregierungen haben fast alle mitgemacht bei der jahrelangen Beschwichtigung Putins. An der eingeübten Außenpolitik hielt man in Nibelungentreue¹ fest, bis es wirklich gar nicht mehr anders ging. Nord Stream 2, Waffenlieferungen, SWIFT² – in all diesen entscheidenden Fragen änderte Deutschland seine Haltung erst, als Putin die Lage eskalieren ließ und die Bundesregierung unter den westlichen Partnern praktisch isoliert war. Von einer Vorreiterrolle, wie Scholz das jetzt darstellte, war nicht viel zu sehen.

Die deutsche Politik wusste in auswärtigen Fragen immer ganz genau, was gut und richtig ist, vor allem für andere Völker. Seit dem 24. Februar ist sie da deutlich einsilbiger geworden; jenseits der Aktualität wirkt sie ratlos. Das hat einen guten Grund. Das Scheitern der Russlandpolitik ist nicht zu vergleichen mit anderen Misserfolgen des Landes, wie zuletzt in Afghanistan. Sie ist der größte anzunehmende Unfall der deutschen Außenpolitik, denn hier geht es um überlebensnotwendige Fragen: Wie kann es sein, dass sich ein Land bei Öl und Gas, zwei zentralen Energieträgern, willentlich von einem einzigen Anbieter abhängig macht, noch dazu von einem, der seit vielen Jahren offen gegen den Westen vorgeht? Und wie ist es möglich, dass sich Europas stärkste Volkswirtschaft gegen diesen Aggressor nicht einmal selbst verteidigen könnte, wenigstens konventionell³?

Die ernüchternde Antwort lautet, dass solche Fragen in Deutschland systematisch kleingeredet und ausgeklammert wurden. Eine ganze Generation hat das außenpolitische Einmaleins durch einen pseudomoralischen Haltungsdiskurs ersetzt. Das entsprach den kommunikativen Bedürfnissen einer Post-68-Gesellschaft, aber nicht den weltpolitischen Umständen des 21. Jahrhunderts. In einer Zeit, die vom scharfen Wiederaufleben globaler Machtkämpfe gekennzeichnet ist, zogen deutsche Politiker als Wanderprediger für „Wertebasiertheit“ oder Multilateralismus durch die Welt, während andere Geopolitik betrieben und aufrüsteten. Es wurde sogar jahrelang darüber debattiert, wie Deutschlands Rolle in der Welt aussehen solle, so als könne man sich das aussuchen wie in einem Film.

Das hinderte die „Berliner Republik“ allerdings nicht daran, einen Führungsanspruch zu erheben und diesen robust durchzusetzen, vor allem in der EU. Im Rückblick fällt auf, dass die letztlich naive „Einbindung“ Moskaus, die jede Bundesregierung seit Kohl betrieb, immer wieder mit Phasen einherging, in denen sich Deutschland von seinen westlichen Verbündeten entfremdete, vor allem von Amerika. Das lag nicht nur an Berlin.

¹ Nibelungentreue – bedingungslose, emotionale und potenziell verhängnisvolle Treue

² SWIFT – Anbieter von weltweiten Kommunikationsdienstleistungen zum Austausch von Informationen zu Finanztransaktionen

³ konventionell – Als „konventionelle Waffen“ werden alle Waffen bezeichnet, die mit konventionellen Sprengstoffen bestückt sind, also nicht atomare, biologische oder chemische Kampfmittel verwenden.

Gerade in Osteuropa erkannte man aber früh, dass in den Auseinandersetzungen über Gasleitungen oder das Zwei-Prozent-Ziel der NATO stets die Grundsatzfrage mitschwang, wo das wiedervereinte
40 Deutschland außenpolitisch steht. Zu oft auf der falschen Seite, muss man heute leider sagen. Deutsche Weichenstellungen trugen einiges zur Ausgangslage bei, die Putin mit dem Krieg ausnutzen wollte: Russland wurde gestärkt, der Westen geschwächt.

Damit diese Politik wirklich der Vergangenheit angehört, reicht es nicht, die Bundeswehr schlagkräftig zu machen, so wichtig das ist. Deutschland muss vor allem die Entwöhnung vom strategischen
45 Denken überwinden, die von der Politik bis zu den Universitäten um sich gegriffen hat. Außenpolitik ist in erster Linie Außenpolitik, nicht Klimapolitik, Menschenrechtspolitik oder Frauenpolitik, noch nicht einmal Wirtschaftspolitik.

Es geht um nationale Interessen, die Pflege von Bündnissen, die internationale Machtbalance. Und Sicherheit stellt man in erster Linie mithilfe militärischer Abschreckung her, nicht mit zivilem Krisenmanagement oder mit Entwicklungshilfe. Erst wenn die politische Klasse diese Selbstverständlichkeiten wieder verinnerlicht hat, wird man von einer Zeitenwende reden können.
50

Nikolas Busse: Nötig ist eine Zeitenwende im Kopf, 30.03.2022, URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-krieg-die-deutsche-aussenpolitik-im-kurswechsel-17919488.html?premium> (abgerufen am 25.04.2022).

Material 2

Tagesschau: Der Kanzler soll sich äußern (2022)

Zu kaum einem anderen Thema muss Bundeskanzler Olaf Scholz derzeit häufiger Stellung beziehen wie zu Waffenlieferungen an die Ukraine – oder eben den Waffen, die Deutschland aus Sicht der Bundesregierung nicht liefern wird. Nun soll sich Scholz dazu auch vor dem Verteidigungsausschuss des Bundestages äußern. Die persönliche Einladung dazu kam von der Vorsitzenden des Gremiums,
5 Marie-Agnes Strack-Zimmermann, persönlich. „Die Dramatik des Krieges in der Ukraine steigert sich von Tag zu Tag“, heißt es in dem Brief, den die FDP-Politikerin an den Kanzler schickte. „Die Lage in der Stadt Mariupol und das unendliche Leid der dort eingeschlossenen Zivilisten führen uns die Brutalität der Kriegsführung durch den russischen Präsidenten Wladimir Putin eindrücklich vor Augen.“ Darum sei „die Frage danach, welchen Beitrag Deutschland und insbesondere die Bundeswehr in Bezug auf Waffenlieferungen tatsächlich leisten kann, für die Menschen in der Ukraine existenziell“.
10 [...]

Persönlich hatte sich Strack-Zimmermann bereits mehrfach für die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine ausgesprochen. [...] Die Ukraine brauche „großes Kampfgerät, und zwar sofort“. Damit stellt sich die Ausschuss-Chefin klar gegen den Kurs der Ampel-Koalition – doch sie ist damit nicht die einzige. Aus der SPD zum Beispiel spricht sich unter anderem der Außenausschuss-Vorsitzende Michael Roth ebenfalls für die Lieferung schwerer Waffen aus. Auch die Grünen drängen auf „schnellstmögliche“ Waffenlieferungen, mahnte Anton Hofreiter, ebenfalls zum wiederholten Mal [...]. Dies sei umso wichtiger, „da das vorhandene sowjetische und alte russische Material in weiten Teilen bereits zerstört ist.“
15

Und die Union ist überzeugt, dass es „eine klare parlamentarische Mehrheit für die Lieferung schwerer Waffen“ an die Ukraine gibt. Das betonte Unionsfraktionsvize Johann Wadephul [...]. Grüne und FDP seien offensichtlich mehrheitlich, wenn nicht sogar vollständig dafür, auch in der SPD gebe es dafür gewichtige Stimmen. Und darum werde die Union in der kommenden Woche einen Antrag auf die
20

- 25 Lieferung schwerer Waffen⁴ in den Bundestag einbringen. [...] Für Wadephul ist klar: Deutschland könne liefern und Deutschland müsse liefern.

Tagesschau: Der Kanzler soll sich äußern, 22.04.2022, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/ukraine-waffen-scholz-101.html> (abgerufen am 25.04.2022).

Material 3

Tagesschau: Scholz-Kurs weiter in der Kritik (2022)

Deutschland helfe „mit vielerlei Material“ und sei in Gesprächen mit dem ukrainischen Verteidigungsministerium, um weitere Lieferungen zu organisieren, so der Regierungssprecher. „Dass es da zu einer Verzögerung kommt, kann ich nicht feststellen.“

- 5 Deutschland werde jedoch keine schweren Waffen mehr aus Beständen der Bundeswehr abgeben, sagte [Regierungssprecher] Hebestreit. „Die Bundeswehr hat alles geliefert, was sie entbehren kann.“ Man sehe keine Möglichkeiten mehr, aus den Beständen der Bundeswehr Waffen an die Ukraine zu liefern.

Tagesschau: Scholz-Kurs weiter in der Kritik, 20.04.2022, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/diskussion-waffen-lieferungen-ukraine-101.html> (abgerufen am 25.04.2022).

⁴ Antrag auf die Lieferung schwerer Waffen – Am 28.04.2022 wurde der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom Bundestag angenommen.